

28. April 2020, 12:15 Uhr Einschränkungen und Lockerungen

"Moralische Prinzipien gelten für alle Menschen gleich"

Die Philosophin Eva Weber-Guskar spricht über echte und vermeintliche Dilemmata der Corona-Krise und wie man komplexen moralischen Fragen besser gerecht werden könnte.

Von Jens-Christian Rabe

Die Corona-Krise ist auch ein Belastungstest für viele scheinbar selbstverständliche ethisch-moralische Übereinkünfte unserer Gesellschaft, etwa den Vorrang des Lebensschutzes jedes Einzelnen, die Unversehrtheit der Privatsphäre oder die Solidarität zwischen Alten und Jungen. Wie sieht die Lage eine Moralphilosophin, die, wie die Bochumer Professorin Eva Weber-Guskar, zwar bloß als eine moralische Praktikerin "wie alle Menschen" gesehen werden möchte, aber doch auch - ganz anders als die ganz große Mehrheit der Menschen - tagtäglich hauptberuflich über moralische Gründe und ihre Folgerichtigkeit nachdenkt.

SZ: Frau Weber-Guskar, pünktlich zum Beginn der Lockerung der Ausgangsbeschränkungen hat Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble gerade in einem Interview eine unbequeme Debatte eröffnet. Er sagte dem Berliner Tagesspiegel, dass der Schutz des Lebens für ihn kein absoluter Wert sei. Absolut sei für ihn nur die Würde des Menschen, die schließe aber nicht aus, "dass wir sterben müssen". Was sagt die Moralphilosophin dazu, wie dilemmatisch ist die Situation? Wie stark darf ihrer Ansicht nach zum Schutz einiger weniger die Bewegungsfreiheit vieler, viel geringer Gefährdeter anderer über längere Zeit eingeschränkt werden?

Aktuelles zum Coronavirus - zweimal täglich per Mail oder Push-Nachricht

Alle Meldungen zur aktuellen Lage in Deutschland und weltweit sowie die wichtigsten Nachrichten des Tages - zweimal täglich mit SZ Espresso. Unser **Newsletter** bringt Sie morgens und abends auf den neuesten Stand. Kostenlose Anmeldung: [sz.de/espresso](https://www.sz.de/espresso). In unserer **Nachrichten-App** ([hier herunterladen](#)) können Sie den Espresso oder Eilmeldungen auch [als Push-Nachricht abonnieren](#).

Eva Weber-Guskar: Mir wird gerade oft etwas zu schnell von Dilemmata gesprochen. Wir sollten aber zwischen moralischen Dilemmata und moralischen Konflikten unterscheiden.

Warum?

Bei Dilemmata gibt es keine moralische akzeptable Lösung: alles, was man tun kann, ist moralisch schlecht, und zwar gleichermaßen schlecht. Bei moralischen Konflikten steht dagegen zwar auch keine optimale Handlung zur Wahl, aber doch eine, die besser ist als eine andere.

Und Sie sehen in diesem Fall kein Dilemma?

So, wie Sie es bisher formulieren nicht. Denn mit Schutz der Gesundheit ist hier nicht nur der Schutz vor einem Schnupfen gemeint, sondern der Schutz vor einer lebensbedrohlichen Krankheit, die bei jenen, die sie stark erwischt hat, wenn überhaupt, dann nur sehr aufwendig und leidvoll behandelt werden kann. Zudem sind es, wenn die Prognosen von mehreren Hunderttausend stimmen, gar nicht so wenige und wegen einer Überlastung des Gesundheitssystems würde es auch Menschen mit medizinischem Versorgungsbedarf aus anderen Gründen treffen. Wenn dafür wirklich nur die Bewegungsfreiheit von vielen eingeschränkt werden müsste, scheint es ziemlich klar: Um Leben von anderen zu retten, kann ich darauf verzichten, mich ohne wichtige Gründe in die Nähe von anderen Menschen zu begeben, im Park zu grillen oder in den Urlaub zu fahren. Das wäre auch für ein paar Wochen, Monate, ein ganzes Jahr zu verkraften, bis eben Impfung und Medikamente entwickelt worden sind.

Es geht aber gerade doch um mehr als bloß die Einschränkung individueller Bewegungsfreiheit.

Genau, die Schließung von Schulen, Restaurants, Geschäften und Betrieben und die Verlegung von Arbeit nach Hause - diese Einschränkungen und weitere damit verbundene negative Folgen sind ebenfalls zu bedenken und dann kommt man einem echten Dilemma tatsächlich nahe.

Wann ist denn nun ein Dilemma ein echtes Dilemma?

Dass man geneigt ist, sehr viel schneller als nötig von einem Dilemma zu sprechen, spiegelt sich interessanterweise auch in vielen moralphilosophischen Ansätzen. Einige der klassischen Moraltheorien können nämlich einen normalen moralischen Konflikt gar nicht gut erfassen. Alle Moraltheorien, die nur von einem Grundprinzip ausgehen, müssen annehmen, dass es entsprechend des einen Grundprinzips in jeder moralischen Frage genau eine Lösung gibt: Eine klare

Antwort auf die Frage, was jetzt zu tun einwandfrei richtig ist. Kann man es ohne Widerspruch denken oder wollen? Das ist der Test mit Immanuel Kants kategorischem Imperativ. Oder: Welche Handlung führt insgesamt zu den besten Folgen? Das ist das Kriterium des Konsequentialismus, für den John Stuart Mill - in der Variante des Utilitarismus - Pate steht. Deshalb meinen manche, dass diese Theorien den Fällen nicht gerecht werden können, in denen zwar eine Handlung moralisch gesehen nicht ideal ist, aber doch besser als andere.

Was wären denn Alternativen?

Pluralistische Ansätze, also solche, die mehrere Prinzipien als Ausgangspunkt zulassen. Wenn diese Prinzipien zugleich nicht für absolut gehalten werden, sondern zunächst alle gleich gültig sind und jedes Mal neu gegeneinander abgewogen werden müssen, dann vermeidet man auch, dass jeder Konflikt gleich ein Dilemma ist. So eine Theorie wurde etwa von dem schottischen Philosophen William David Ross Anfang des 20. Jahrhunderts vorgeschlagen. Ich bin der Ansicht, dass man damit der Komplexität moralischer Entscheidungssituationen womöglich eher gerecht wird. Sie verhilft dazu, dass man sich nicht zu schnell dilemmatisch gelähmt fühlt, also handlungsunfähig oder unter enormen Druck. Stattdessen kann man einsehen, dass man sich aus guten Gründen für eine Handlung entscheidet, obwohl man sie zum Teil auch bedauert.

Wie geht Ross denn genau vor?

Er geht von einer Liste von Pflichten aus, zu denen etwa die Pflicht gehört, anderen nicht zu schaden und ihnen zu helfen, aber auch die Pflicht zur Selbstvervollkommnung. Kollidieren die ersten beiden Pflichten in Form des geforderten Lebensschutzes von gefährdeten Personen mit der dritten Pflicht aufgrund der einschränkenden Maßnahmen, ist doch relativ klar im Sinne der ersten beiden zu entscheiden.

Das Beispiel geht aber doch sehr mühelos auf. Was bedeutet es für unserer Situation? Wie lässt sich moralisch rechtfertigen, für den Schutz eines gewissen Teils der Bevölkerung die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des gesamten Landes massiv zu verschlechtern? Müssen wir Leben gegen wirtschaftliche Kosten abwägen?

Sicher ginge das Leben vor, wenn es bei den wirtschaftlichen Kosten nur um Profitsteigerung, Wirtschaftswachstum und luxuriösen Lebenswandel ginge. In diesem Sinn kann man auch einige der Wirtschaftsleute zur Zurückhaltung mahnen, die meinen, nur das bisherige Wirtschafts- und Wohlstandsniveau seien das Normale und alles darunter sei niemals hinzunehmen. Wir könnten auch anders leben und der Klimawandel fordert das schon lange.

Aber leider scheint die Situation ja etwas verwickelter zu sein: Da die Wirtschaft so eng verzahnt ist und auf Beständigkeit angewiesen ist, geht es nicht nur um den Erhalt oder schnellstmöglichen Wiedergewinn des Zustands vor der Corona.

Richtig, es geht nicht nur um irgendwelche wirtschaftlichen Kosten, sondern darum, eine große Wirtschaftskrise zu verhindern, die für sehr viele Menschen einen dramatischen Einschnitt in den Lebensverhältnissen bedeuten würde und noch langfristiger womöglich auch den Tod, wegen schlechterer allgemeiner Gesundheitsversorgung. Dazu kommen vermehrte Fälle von häuslicher Gewalt, Depressionen, die womöglich zu Selbstmorden führen und anderes. Wenn die Pflicht, Leben zu schützen auf beiden Seiten steht, dann liegt tatsächlich ein Dilemma vor.

Wie sollte man sich entscheiden?

Es wäre zu prüfen, ob nicht noch andere Prinzipien, die man als Pflichten der Ross'schen Liste hinzufügen könnte, im Spiel sind. Etwa die Pflicht zur Solidarität mit den vulnerablen Personen einerseits und die Pflicht zur Erhaltung der materiellen und rechtlichen Grundlagen der Gemeinschaft andererseits. Wenn letztere nun so in Gefahr wäre, dass das Weiterbestehen der Gesellschaft bedroht wäre, dann würde das Pendel anders ausschlagen. Davon sind wir aber weit entfernt.

Sind Sie da sicher?

So weit ich das einschätzen kann, denn wir stehen derzeit ja noch nicht vor dem akuten Problem, dass wir mit allen Handlungsoptionen jeweils genauso viele Leben im Moment gefährden würden. Vielmehr sind die Gefährdungen zeitlich versetzt und genau das gibt einen gewissen Handlungsspielraum. Es kommt darauf an, wie lange die einschränkenden Maßnahmen gelten. Es ist zu hoffen, dass es doch einen Mittelweg gibt zwischen totalem Laufenlassen der Pandemie einerseits, und totalem, langfristigem Herunterfahren der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens andererseits. Es gibt ja jetzt auch schon stufenweise, selektive Lockerungen. Es wurde Zeit gewonnen, um Gegenmaßnahmen einzuleiten, wie die Vorbereitung der Krankenhäuser und die Entwicklung von Antikörpertest, Therapien und Impfungen. Auch bei der Reihenfolge der Lockerungen muss man abwägen: Für eine Demokratie sind Demonstrationen zum Beispiel wichtiger als sportliche Großveranstaltungen.

Das klingt jetzt allerdings nicht mehr allzu philosophisch-theoretisch, sondern eher pragmatisch.

Bei moralischen Entscheidungen im Konfliktfall, wenn alle Prinzipien und Berechnungen auf

dem Tisch sind, braucht es doch auch immer noch moralische Urteilskraft, die einem keine plausible moralphilosophische Theorie abnimmt. Die Tugendethik, an die Ross auch in gewissem Sinne anknüpft, setzt ganz auf diese Urteilskraft, die man sich anlernen müsse und mit der man stets die richtige, nie arithmetisch zu bestimmende Mitte von schlechten Extremen finden müsse. Es waren übrigens einige Frauen in England, die Mitte des 20. Jahrhunderts diese Idee von Aristoteles wieder besonders stark gemacht haben: Philippa Foot, Elisabeth Anscombe und andere.

Alle theoretische Pflichten- und Nutzenberechnungen sollen also letztlich nicht im Vordergrund stehen?

Nein, all das, so diese Denkerinnen, führe fort von dem, worum es eigentlich gehe: Nämlich darum, gute Menschen zu sein, die sich bei der Bildung des eigenen Charakters zugleich um das gute gemeinschaftliche Zusammenleben sorgen.

Verschärft sich die Situation aber nicht doch noch einmal dadurch, dass es vor allem um den Schutz der älteren Bevölkerung geht, die Leidtragenden der einschränkenden Maßnahmen aber vor allem die jüngere Bevölkerung ist, nicht zuletzt: die Kinder?

Alles Gesagte gilt unabhängig vom Alter. Moralische Prinzipien gelten für alle Menschen gleich. Das Alter soll genauso wenig eine Rolle spielen wie die Hautfarbe oder das Geschlecht. Deshalb reicht es, über verschiedene Gruppen zu sprechen, deren verschiedene Gefährdung zu berücksichtigen sind. Nur insofern als mit dem Alter andere, moralisch relevante Eigenschaften verbunden sind, kann zwischen Menschen mit verschiedenem Alter auch ein Unterschied gemacht werden.

Wie sollen sich Ärzte Ihrer Ansicht nach also entscheiden, wenn es zu wenige Beatmungsgeräte für zu viele schwer Erkrankte gibt?

Zu dieser Frage, gibt es eine lange Diskussion und eigentlich eine relativ klare Übereinkunft in der Medizinethik, entsprechend dem bereits erwähnten Prinzip der Allgemeinheit moralischer Normen. Klassisch steht im Zentrum der Entscheidung, wer behandelt werden soll, nur die Frage, wer mit den verfügbaren Behandlungsmöglichkeiten welche Überlebenschance hat - und die mit der höheren Überlebenschance werden vor oder statt den anderen behandelt, unabhängig von ihrem Alter.

Keine Rolle darf spielen, wer nach Behandlungserfolg noch mehr Lebensjahre zu erwarten hat?

Nein, denn daraus würde ja etwa auch folgen, dass einige Patienten auf erhebliche eigene Überlebenschancen verzichten müssten zugunsten einer Steigerung der Überlebenschancen von Personen, die ohnehin bessere Überlebenschancen haben. So müsste gegebenenfalls einem 20-jährigen, der auch ohne Behandlung mit großer Wahrscheinlichkeit überlebt, die Beatmung zur Verfügung gestellt werden, statt dem 60-jährigen, der ohne Behandlung sicher sterben würde, aber mit Behandlung hinreichende Überlebenschancen hätte. Man braucht nun allerdings auch nicht erwarten, dass nach dem klassischen Verfahren mehr alte als junge Menschen gerettet würden, denn häufig ist der gesundheitliche Zustand der alten Menschen ohnehin so, dass die Überlebenschance geringer ist.

Es darf also nur die Überlebenschance zählen und nicht die Zahl von Lebensjahren.

Ja, das ist schließlich eine der großen Einsichten der Aufklärung, die zu den modernen demokratischen Staaten geführt hat: dass jedes Individuum gleich viel wert ist, nicht jedes Lebensjahr. Verrechnung von Nutzen über die Grenzen der Einzelnen hinweg, wie es der Utilitarismus vorschlägt, geht nicht.

Nun kann man ja auch andersherum fragen: Darf jüngeres, kaum gefährdetes medizinisches Personal oder sogar die jüngere Bevölkerung insgesamt gezielt infiziert werden, um die Gesellschaft schneller gegen Corona zu immunisieren? Könnte das nicht auch eine Pflicht den Älteren gegenüber sein?

Nein, so wenig es die Pflicht der Älteren ist, auf Schutz und Therapie zu verzichten, also ihr möglicherweise zu verhinderndes Sterben geschehen zu lassen, um es den Jüngeren einfacher zu machen, so wenig ist es Pflicht der Jüngeren, sich sehenden Auges in eine nicht abzuschätzende Gefahr auf Leben und Tod zu begeben, indem sie sich infizieren lassen.

Und wenn es einzelne Alte gibt, die nicht medizinisch aufwendig gerettet werden wollen, nur um dann ein paar Jahre noch in schlechter Verfassung zu leben?

Dann ist das natürlich anzuerkennen. Und wenn es andere gibt, die erst in der Corona-Krise darüber nachdenken und sich im Krankheitsfall gegen einen großen Behandlungsaufwand entscheiden, aus der Motivation heraus, dass sie damit der jüngeren Generation helfen, so ist das supererogatorisch zu nennen: moralisch gut, aber über alles Erwartbare hinaus.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter:
www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.4889617

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ vom 28.04.2020/jebu

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.